

Schwarzwälder Tageszeitung

Gegründet
1877

"Aus den Tannen" Fernsprecher
Nr. 11

Allg. Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw und Freudenstadt. Amtsblatt für den Bezirk Nagold und für Altensteig-Stadt

Verlagspreis: Bei der Post u. den Agenten bezogen vierteljährlich 19 RM, 90 Pfg., in Altensteig 19 RM, 45 Pfg. Anzeigenpreis: Die 10spaltige Zeile oder deren Raum 60 Pfg., die Reklamazeile 1 RM, 80 Pfg., Einrückung
5 1/2 Wochen in der Zeitung infolge höherer Gewalt oder Betriebsstörung besteht kein Anspruch auf Befreiung. Betrag eines Auftrags 3 RM. Bei Wiederholungen Rabatt. Bei Zahlungsverzug 1/2 der Rabatt einrückung.

Nr. 149.

Altensteig, Donnerstag den 30. Juni.

Jahrgang 1921.

Zur gefl. Beachtung!

Mit der heutigen Nummer schließt das 2. Vierteljahr unserer Schwarzwälder Tageszeitung.

Wir bitten unsere Zeitung für das 3. Vierteljahr ange-
kündigt zu bestellen, wo dies noch nicht geschehen ist.

Die württ. Gebäudebrandversicherung.

1.

Die Versicherung der Gebäude in Württemberg ist bekanntlich einer staatlichen Zwangsversicherung unterworfen. Die eingetretenen Teuerungsvhältnisse erforderten mit der Zeit höhere Neubau- und Unterhaltungskosten. Durch diese Verhältnisse wurde erstmals im August 1918 vom Landtag die Gewährung von Kriegszuschlägen (K.Z.) zu den nach Friedenspreisen ermittelten Brandentschädigungen beschlossen, und es konnten die Gebäudeeigentümer Kriegsvorsorgeversicherungen (K.V.) für ihre Gebäude eingehen. Diese K.V. steigerten sich schließlich bis zu 400 Prozent zu den nach Friedenspreisen ermittelten Gebäudeschäden; und die K.V. zu den Friedenswerten der Gebäude konnten bis zu 800 Prozent eingegangen werden. Diese Kriegszuschläge wurden jedoch im einzelnen Fall berechnet und nur dann gewährt, wenn das abgebrannte oder beschädigte Gebäude von dem Gebäudeeigentümer selbst — oder doch dessen nächsten Angehörigen — wieder erbaut wurde. Es bestand somit kein Rechtsanspruch darauf, und es konnte bei der Bekämpfung eines abgebrannten Grundstücks der K.V. nicht mitveräußert werden. Für die Gewährung dieser K.V. wurden auch keine besonderen Beiträge erhoben.

Bei den eingegangenen K.V. hatte der Gebäudeeigentümer einen Rechtsanspruch auf die Gewährung des Zuschlags; er mußte aber auch einen Beitrag im Verhältnis des von ihm eingegangenen Zuschlags feststellen; womit denjenigen Gebäudeeigentümern, welche eine K.V. eingegangen hatten, der Nachteil erwuchs, daß sie im Schadensfalle nur das Mehrfache der von ihnen eingegangenen K.V. als Entschädigung erhielten; während diejenigen Gebäudeeigentümer, welche sich mit dem jeweilig gewährten K.V. zufrieden gaben, keinen besonderen Beitrag zu bezahlen hatten. Dies nötigte zu einer weiteren Gesetzesänderung, welche am 21. April 1921 vom Landtag beschlossen wurde. Welches sind nun die Änderungen und Vorteile des neuen Gesetzes:

1. Der Gebäudeeigentümer hat einen Rechtsanspruch darauf, daß ihm im Fall eines Brandes ein Zuschlag von 500 Prozent zu dem Friedensversicherungsschlag gewährt wird, so daß ihm eine sechsfache Entschädigung des Friedenswertes gewährleistet ist.

2. Kleinere Teilschäden werden bis zum Höchstbetrage von 3000 Mark nach den am Brandtage geltenden Baupreisen entschädigt.

3. Diejenigen Gebäudeeigentümer, welche sich mit dem sechsfachen Versicherungsbetrag nicht genügend versichert glauben, können bei nachträglichen Beitragsföhen eine Teuerungsversicherung (T.V.) bis zu weiteren 400 Prozent im Wege freiwilliger Versicherung eingehen, sodas den selben im Schadensfalle der 10fachen Beitrag des Friedenswertes als Brandentschädigung gewährt wird. Diese T.V. sind von den Gebäudeeigentümern nach Hundertsätzen der Gebäudeversicherung beim Ortsvorsicherer anzumelden.

4. Die Gebäudebrand-Versicherungsanstalt haftet vom 1. Januar 1921 ab auch für alle Explosionschäden, auch für solche von Wasserdämpfen, soweit diese nicht bei Privatversicherungen versichert sind. Gebäudeeigentümer, welche gegen solche Schäden noch bei Privatgesellschaften besonders versichert sind, wird empfohlen, diese Versicherung so bald wie möglich abzumelden oder gegen Nachlaß der Prämien aufheben zu lassen.

Es ist nun Sache der Gebäudeeigentümer, zu prüfen, ob ihre Versicherungsanschlüsse den Baupreisen vom 1. August 1914 entsprechen. Ist dies nicht der Fall, sind die Gebäude zur Neuschätzung beim Ortsvorsicherer anzumelden; denn im Schadensfalle wirkt ein zu niedriger Versicherungsanschlag im sechsfachen Betrag auf die Entschädigungssumme.

Sogar wird von der Landesversicherungsanstalt eine

allgemeine Richtigeinstellung der Landesversicherungs-Anschlüsse angeordnet werden, aber Sache des Gebäudeeigentümers ist es, von sich aus die Höhe des Brandversicherungsschlags seines Gebäudes in dieser Hinsicht zu prüfen, weil die oben erwähnte Anmeldeung die Wirkung der sofortigen Rechtsgültigkeit im Schadensfalle hat, während sonst die richtigen Versicherungsanschlüsse erst mit der amtlichen Richtigeinstellung der Versicherungsanschlüsse wirksam werden.

5. Die in den letzten Jahren von einem Teil der Gebäudebesitzer eingegangenen und noch angemeldeten K.V. werden bis zur Höhe von 500 Prozent vom 1. Januar 1921 ab ohne weiteres außer Wirkung gesetzt, und es wird der Beitrag dieser K.V. bis zum 31. Dezember 1920 erhoben.

Bei den über 500 Prozent betragenden K.V. werden die Gebäudeeigentümer über die Fortsetzung ihres Versicherungsverhältnisses gehört.

Bei der Neu festsetzung der Teuerungsversicherung (T.V.) — siehe oben Ziff. 3 — gelten folgende Anhaltspunkte: bei einer bisherigen K.V. von 600 Prozent beträgt die Gesamtversicherungssumme z. B. das 7fache des Friedensanschlags, bei 700 Prozent das 8fache des Friedensanschlags u. s. f. Will der Eigentümer an dieser Gesamtversicherungssumme festhalten, so ist neu zu beantragen eine T.V. von 100, bzw. 200 Prozent u. s. f. Diese Umstellung der bisherigen K.V. in T.V. hat bis zum 1. Juli 1921 zu erfolgen.

Welche Kosten bringen nun diese Änderungen? Hierzu ist erläuternd voranzuschicken, daß bekanntlich sämtliche Gebäude in 6 Gefahrklassen eingeteilt sind. Diese Brandversicherungsumlage ist für das Jahr 1921 auf 50 Pfennig für 100 Mark Versicherungssumme für Gebäude der Klasse III (übliche Wohn- und Oekonomiegebäude) festgesetzt. Hiernach betragen die Versicherungsbeiträge für 100 Mark Versicherungsschlag nach dem Friedenswert vom 1. August 1914 der III. Klasse 50 Pfennig. Diese Sätze, welche eine 6fache Schadensvergütung gegenüber den Friedenspreisen gewährleisten, sind sonach niedriger als im Frieden, wo die Sätze sich zwischen 10 und 13 Pfg. in Klasse III bewegten. Zum Beispiel ein Gebäude mit einem Friedensversicherungsschlag von 10 000 Mark bezahlt für das Jahr in Klasse III 50 Mark.

Hat der Gebäudeeigentümer noch eine Teuerungsversicherung, so werden die Beiträge hierfür besonders festgesetzt. Es sind für 100 Mark Teuerungsversicherung zu bezahlen: in Klasse III 8 Pfennig in Klasse IV 20 Pfennig, in Klasse V 40 Pfennig, in Klasse VI 64 Pfennig.

Bei einem Gebäude mit 10 000 Mark Friedensversicherungsschlag betragen 100 Prozent Teuerungsversicherung 10 000 Mark, 200 Prozent 20 000 Mark, 300 Prozent 30 000 Mark, 400 Prozent 40 000 Mark. Nimmt hiernach der Besitzer eines Gebäudes in Klasse III mit 10 000 Mark Friedensversicherungsschlag zu der Grundversicherung noch 400 Prozent T.V., so hat er zu entrichten: zur Grundversicherung 50 Mark, zur Teuerungsversicherung mit 400 Prozent 32 Mark, zusammen 82 Mark.

Hiemit ist dem Gebäudeeigentümer im Schadensfalle ein Rechtsanspruch auf eine Vergütung im 10fachen Betrag der nach Friedenswert berechneten Wiederherstellungskosten gewährleistet. (Schluß folgt.)

Neues vom Tage.

Steuerprogramm noch vor den Ferien.

Berlin, 29. Juni. Die beschlossene Verlängerung der gegenwärtigen parlamentarischen Sitzungsdauer ist, wie wir erfahren, auf einen Wink der Reichsregierung zurückzuführen, die dem Reichstag vor der jetzt beginnenden Pause noch rasch Gelegenheit zur Stellungnahme in einer der wichtigsten innerpolitischen Fragen geben will. Es verlautet, daß Reichsfinanzminister Dr. Wirth das augenblicklich im Reichskabinett vorbereitete Steuerprogramm noch dem Reichstag vorzulegen beabsichtigt.

Der Stand der Kohlenversorgung.

Berlin, 29. Juni. In der gestrigen Vollversammlung des Reichskohlenrats erklärte der Geschäftsführer, Bergbauhauptmann Bennhold, in seinem Bericht über die Kohlenlage, daß vor allem in den Leistungen des Stei-

nerbergbaus ein erfreulicher Aufstieg zu verzeichnen sei, daß aber die Förderung noch um 20 Prozent hinter der der letzten Friedensjahre zurückbleibe. Die Braunkohlenbrückerzeugung übersteige die Produktion des Jahres 1913 um etwa ein Drittel. Angesichts der schlechten Kohlenversorgung in Deutschland forderte der Redner wenigstens eine vorübergehende Ueberarbeit im Ruhrbergbau, zum mindesten bis zur Beilegung der obersteiglichen Krise.

Bevorstehende Ministerreden.

Berlin, 29. Juni. Bei der anfangs Juli in Hamburg stattfindenden Tagung des Reichsverbands der deutschen Presse wird die Reichsregierung außer durch Außenminister Dr. Kojen, der bereits vor einiger Zeit sein Erscheinen zugesagt hatte, noch durch den Wiederaufbauminister Rathenau vertreten sein. Wie wir erfahren, wird Dr. Kojen am Samstag bei dem Empfangsabend der Presse eine Ansprache Minister Rathenau wird am Montag, 3. Juli, in

Die „Kriegsverbrecher“.

Leipzig, 29. Juni. Heute wurden die Prozesse gegen die sogenannten Kriegsverbrecher vor dem 2. Strafsenat des Reichsgerichts unter dem Vorsitz des Präsidenten Schmidt wieder aufgenommen. Es wird jetzt eine Reihe französischer Fälle verhandelt. Neben Vertretern der Reichsregierung wohnt den Verhandlungen im Auftrage der französischen Regierung eine französische Juristenkommission bei. — Zu Beginn der Verhandlungen teilte der Vorsitzende mit, daß nur gegen Major Crusius, nicht aber gegen General Spenger vom Oberreichsanwalt Anklage erhoben worden ist. Das Verfahren gegen Spenger könne nur auf Grund der Anschuldbildung in der Auslieferungsliste eingeleitet werden und der Oberreichsanwalt wolle eine gerichtliche Entscheidung in der Sache herbeiführen. Die Beschuldigung geht dahin, daß Spenger im August 1914 den Befehl gegeben haben soll, alle verwundeten Franzosen auf den Schlachtfeldern und auch die in Gefangenschaft geratenen französischen Soldaten zu töten. Der Angeklagte Crusius soll u. a. den Versuch gemacht haben, am 21. August 1914 einen französischen Soldaten und am 27. August mindestens 7 gefangene Franzosen töten zu lassen.

Londoner Irland-Konferenz.

London, 29. Juni. Das Unter-Rabinett hat die Einladung Lloyd Georges für seine Konferenz zur Regelung der irischen Frage angenommen. Auch der „Präsident der irischen Republik“ de Valera hat gestern abend dem Erminister den Empfang seiner Einladung bestätigt; er fügte jedoch hinzu, er wolle zuerst eine Konferenz der verschiedenen politischen Führer abwarten.

Vormarsch auf Konstantinopel.

Berlin, 29. Juni. Die „Agence d'Athene“ berichtet, haben kemalistische und bolschewistisch-russische Streitkräfte eine Belagerung der Küstenplätze zwischen Konstantinopel und Sinope begonnen. Eine Heeresgruppe der Armee Kemal Pascha hat den Vormarsch auf Konstantinopel angetreten. Gerüchtheilweise verlautet, daß der Sultan Anstalten treffe, Konstantinopel zu verlassen, da die Anhänger Kemal Paschas erwägen, ihn zum türkischen Staatsoberhaupt auszurufen zu lassen.

Verbandstag des Gesamtverbands der Ortskrankenkassen Deutschlands.

Freiburg, 29. Juni. Die geschäftlichen Beratungen des Verbandstags begannen gestern im katholischen Vereinshaus. Der Verhandlungsleiter Abg. Behrens erläuterte in seiner Begrüßungsansprache kurz die Aufgaben der Ortskrankenkassen. Als Vertreter des Reichsarbeitsministeriums gab Oberregierungsrat Hoyer vom Reichsversicherungsamt der Hoffnung Ausdruck, daß die Verhandlungen zur Lösung der sozialen Fragen beitragen mögen. Nach dem Geschäftsbericht über das Jahr 1920 gehören dem Gesamtverband 626 Krankenkassen an. Die Einnahmen betragen etwa 125 000 RM., die Ausgaben 50 000 RM., dem Reservefonds wurden 41 000 RM. überwiesen. — Ministerialrat Dr. Martinek vom Reichsarbeitsministerium berichtete über das Reichsversicherungs-gesetz. Ein weiterer Vertreter des Reichsarbeitsministeriums, Ministerialrat Dr. Schulz, referierte über die gesetzlichen Änderungen auf dem Gebiet der Ortskrankenkassenversicherung und der sonstigen Sozialversicherung. In besonderen Gesetzesnovellen ist die Verdoppelung

des Entbindungsbeitrags, Erhöhung des Stillgelds und Heraussetzung des Mindesteinkommens für Krankenkassenbeitragspflicht von 2500 auf 3000 bis 10000 Mark geplant. Abg. Ziegelmeyer erklärte sich mit der Erhöhung der beitragspflichtigen Summe auf 10000 Mk. einverstanden, warnte aber vor einer Ueberspannung der Beitragsleistung für die Invalidenversicherung.

Wie die Polen räumen.

Berlin, 29. Juni. Wie der „Vorwärts“ aus Oppeln meldet, haben nach bis Dienstag nachmittag vorliegenden Nachrichten die Polen tatsächlich begonnen, das von ihnen besetzte Gebiet zu räumen. Gleiwitz und das Industriegebiet um Hindenburg mit der Stadt Hindenburg selbst sind frei, jedoch noch nicht passierbar. Sämtliches zur Verfügung stehende deutsche Eisenbahnmateriale wurde von den Polen mitgeschleppt, so daß bisher noch jede Möglichkeit fehlt, den Eisenbahnverkehr wieder einzuleiten.

Variis, 29. Juni. In der gestrigen Sitzung der Kammer hat der Abgeordnete Bokanowski die Erklärung abgegeben, im kommenden Monat werde man vom Parlament drei Milliarden neue Steuern verlangen.

London, 29. Juni. Lloyd George hat das Unterhaus von dem Abschluß eines Abkommens zwischen den Vergleuten und der Regierung in Kenntnis gesetzt. Dieses Abkommen ist bis zum 30. September 1923 gültig und kann von beiden Seiten drei Monate vorher gekündigt werden.

London, 29. Juni. Der Sonderberichterstatter der „Times“ telegraphiert aus Smyrna: Der König, Kronprinz Georg, Prinz Andreas und General Papoulos, der Kommandant der griechischen Streitkräfte, verließen heute Smyrna, um sich an die Front zu begeben.

Rom, 29. Juni. Zwischen dem Vatikan und der italienischen Regierung wurden Unterhandlungen angebahnt, um die seit mehr als 50 Jahren unterbrochenen diplomatischen Beziehungen wieder aufzunehmen.

Reichstag.

Berlin, 28. Juni.

Die 2. Lesung der Nachträge zum Etat des Innern gab Gelegenheit zu einer längeren Aussprache über die Aufhebung des Ausnahmezustandes, der noch in einigen Teilen des Reiches herrscht. Die Unabhängigen verlangen restlos seine Aufhebung, auch die Sozialdemokraten glauben, daß man selbst in Bayern ohne ihn auskommen könnte. Der sozialdemokratische Reichsminister Dr. Gradnauer ist aber in Rücksicht auf die Ansichten der betreffenden Länder nur für möglichst schnellen Abbau des Ausnahmezustandes. Dabei betonte er, daß die Maßnahmen, die in Stuttgart gegen ein kommunistisches Blatt getroffen worden sind, er nicht billige, da er überhaupt gegen jede Zensur sei.

Zum Schluß gab es noch eine unerquickliche Debatte über den Fall Jagow und seine auf ärztliches Attest veranlaßte Freilassung gegen Stellung einer Kaution von 500 000 Mk. Der Unabhängige Rosenfeld bezeichnet unter Hinweis auf den Holzprozeß den Fall Jagow als schlagendes Beispiel der Klassenjustiz, was Justizminister Schiffer zurückweist. Eine Wiederergründung Jagows sei nicht möglich gewesen, da er nicht wisse, wo Jagow sich befinde. Es erfolgt dann die Annahme des ganzen Etats und beim Etat des Erziehungswesenministeriums findet noch eine Entschließung, die für milchwirtschaftliche Forschungsanstalten in Süddeutschland eintritt, die Zustimmung des Hauses.

Aus Stadt und Land.

Altensteig, 30. Juni 1921.

Landw. Bezirksverein. Gestern hielt der Landw. Bezirksverein in Ragold im Gasthaus zur Traube eine sehr gut besuchte Versammlung ab, die der Wiederbelebung der Viehzuchtgenossenschaft galt. Dabei sprach Tierzuchtinspektor Mayer aus Rottweil über „Viehzucht nach dem Kriege und deren Hebung durch Gründung von Zuchtviehgenossenschaften“. An Stelle des Vorstandes des Landw. Bezirksvereins, der beim Beginn der Versammlung nicht anwesend sein konnte, eröffnete Oberamtsleiter Dr. Wegger die Versammlung und gab zunächst dem ebenfalls anwesenden Verbandsvorsitzenden des Schwarzwaldkreises, Oberamtsleiter Dr. Ullrich aus Rottweil, das Wort. Dieser wies auf die Notwendigkeit der Wiederbelebung der Viehzuchtgenossenschaft im Bezirk Ragold hin u. gab u. a. bekannt, daß eine Aufstellung von Genossenschaftsarten geplant sei. Hierauf sprach Zuchtinspektor Mayer u. führte aus, daß durch das Schwere, das uns der Krieg gebracht, die Viehzucht sehr gelitten habe. Der Zweck und das Ziel einer Viehzuchtgenossenschaft sei, möglichst gute Tiere heranzuzüchten, woran der ganze Bezirk Nutzen habe. Im Bezirk Ragold sei nur noch ein kleiner Stamm, der Freude an der Viehzucht habe, das Zuchtziel im Bezirk Ragold werde mehr auf eine hohe Milchzeugung setzen müssen. Der Mangel an Prämierungen habe das Interesse sehr gelockert. Prämierungen müssen wieder kommen, der Staat sei zwar nicht mehr in der Lage, wie früher, große Unterstellungen der Viehzucht zu teil werden zu lassen. Eine staatl. Rindviehschau wie früher, würde es nicht mehr geben. Bei der Fahrenhaltung liege der Hase im Pfeffer, denn diese sei sehr herunter gekommen. Es liege am Einkauf derselben, zumal wenn Leute dies tun, die oft keine Geisse im Stalle haben. Die Hälfte seines Einkommens ziehe der Landwirt aus der Viehhaltung, daher ist auf Fahren mit guter Abstammung zu achten. Beim Fahrenkauf gelte es erst den Fahrenkauf und dann erst den „Weinlauf“ zu machen. Am Rächter liege es, daß wir wieder in die Höhe kommen. Für den verstorbenen Vorstand Vint müsse wieder ein neuer Vorstand gewählt werden. Der Redner schloß mit dem Wunsche, daß die Viehzuchtgenossenschaft Ragold wieder neu entstehen möge, so daß sie sich den übrigen Viehzuchtgenossenschaften an die Seite stellen könne. Oberamtsleiter Dr. Wegger dankte dem Redner für seine mit großem Interesse aufgenommenen Ausführungen. Bei der nunmehr erfolgten Debatte schlug Kleiner Ebbhausen den Oberamtsleiter Dr. Wegger zum Vorstand der Viehzuchtgenossenschaft vor, Döbling-Untertalheim und Gärtner-Wildberg sprachen ebenfalls für diesen Vorschlag, Gärtner empfahl weiter, daß der Landw. Bez.-Verein eine Kommission wählen möge, die den Verkauf von Fahren vornehme, ebenso empfahl er den Wiederaufbau der Viehzuchtgenossenschaft. Oberamtsleiter Dr. Wegger bemerkte noch, daß unser fruchtbarer schwerer Boden auch einen schweren Viehschlag trage. Die Viehzucht gehe künftig durch die Zuchtverbände, nicht mehr durch den Staat. Kleiner stellte die Frage an die Versammlung, ob die Viehzuchtgenossenschaft weitergeführt werden solle, was ohne Einwand bejaht wurde. Nachdem sich Oberamtsleiter Dr. Wegger zur Annahme der Vorstandswahl bereit erklärt hatte, wurde ihm diese übertragen. Oberamtsleiter Dr. Wegger empfahl allen Angehörigen des Landw. Bezirksvereins, der Viehzuchtgenossenschaft beizutreten und forderte die bisherigen Mitglieder zur Förderung der Genossenschaft auf. Vorstand Kleiner teilte noch mit, daß der Ausschuß des Landw. Bezirksvereins der Viehzuchtgenossenschaft, die zum Bestehen Geld brauche, 10 000 Mark in Aussicht gestellt habe.

Im Anschluß an die Versammlung machte ein Beamter der Bezirksvereinsstelle Mitteilungen über die neue Ge-

treibebeziehung die mit großem Interesse angehört u. mit Befriedigung aufgenommen wurden, denn der Bezirk Ragold hat nur noch 1600 Zentner Getreide auszubringen, gegen 8000 Zentner im Vorjahr, was bei dem schönen Stand der Felder, insbesondere der Winterfrucht, keiner Schwierigkeit begegnen wird. Die Umlage der dem Bezirk auferlegten 1800 Zentner Getreide muß folgendermaßen durchgeführt werden: Unter Umlage von 300 Mg. Getreide für den Kopf des Selbstverforgers wird, nach Festlegung der Getreideanbaufläche, die für die Umlage freie Fläche errechnet. Auf die hienach sich ergebende Fläche werden sodann die 1600 Ztr. Getreide umgelegt. Hierbei müssen jedoch diejenigen Betriebe, welche mehr als 5 Hektar Getreide angebaut haben, höher veranlagt werden und zwar erhalten Betriebe

von 5 — 10 Hektar Getreideanbaufläche	25 Proz. Zuschlag
10 — 20 „	50 „
20 — 50 „	75 „
50 — 100 „	100 „
über 100 „	150 „

Ueber die nach erfolgter Ablieferung des Viehs der Viehschlachtereien im Besitz der Landwirte verbleibenden Getreidemengen kann frei verfügt werden. Der Landwirt kann daher sein überschüssiges Getreide oder Mehl im freien Handel absetzen. Landwirte mit einer Getreideanbaufläche von nicht mehr als 1 Hektar sind von der Umlage befreit. Wahlkarten und Saatkarten sind im neuen Wirtschaftsjahr nicht mehr erforderlich. Die Versorgung der versorgungsberechtigten Bevölkerung mit Brot oder Mehl bleibt auch im neuen Wirtschaftsjahr unverändert bestehen. Brotkarten sind hi. für nach wie vor erforderlich.

Der Juss. Mit dem Eintritt in den zweiten Sommermonat ist der Höhepunkt des Jahres überschritten. Langsam wendet sich die hochgehende Sonne wieder nach Süden, und die kurzen Nächte der Mittsommernzeit weichen wieder längerer Dunkelheit. Aber noch — und das ist das erfreuliche Bewußtsein — ist der Sommer nicht zu Ende; im Gegenteil, nun kommt er erst zu seiner höchsten Vollenbung, indem er uns des Jahres höchste Wärme, der Frucht auf dem Felde die Zeit der Reife bringt. Denn erst im Juli beginnen sich die Hoffnungen zu erfüllen, die der Landmann an des vorigen Winters Schwelle wie zu Beginn des Frühjahr dem Boden anvertraut hat. Wenn die Julisonne glühend auf die Felder niederbrennt, reißt im Halm das Korn, färbt sich der Weizen gelb, und unser täglich Brot ist uns wieder einmal auf ein Jahr gesichert. Groß sind diesmal die Hoffnungen des Landmanns; ernteschwer prangen die Felder. Möge der Himmel auch in diesem Jahr der Ernte günstig sein und sie mit recht viel Wärme und Sonnenschein heben. Die Zahl der Jahre, in denen der Hochsommer verregnet, in denen unter der immerwährenden Feuchtigkeit die reife Frucht auf dem Felde sich zu legen und zu faulen beginnt, ist leider nicht gering. Möge uns in diesem Jahr eine solche Enttäuschung erspart bleiben!

Der pensionierte Reichskanzler. Zu der Meldung, daß dem ehemaligen Reichskanzler Fehrenbach ein lebenslängliches Ruhegehalt von jährlich 45 000 Mk. zugesprochen sei, wobei ihm die Jahre seiner Praxis als Rechtsanwalt angerechnet wurden, wird von zuständiger Stelle mitgeteilt, daß nach dem Reichsbeamtengefeh bei Festlegung des pensionsfähigen Dienstalters die Zeit der Beschäftigung bei den Staats- und Kommunalbehörden und zwar auch als Rechtsanwalt, angerechnet werden kann. Eine solche Verfassung unterliegt jedoch der Zustimmung des Reichsrats. Bei dem früheren Reichskanzler Fehrenbach hat der Reichsrat die Anrechnung der Hälfte dieser Zeit gebilligt.

Der Doppelgänger.

Roman von H. Hill

(11) (Nachdruck verboten.)

Gelegentlich eines Gesprächs mit Doktor Baumann erfuhr er an einem der nächsten Tage, daß sein Zusammenstoß mit dem Freiherrn in der Tat den gewünschten Erfolg gehabt hatte, ja, daß die Erwartungen des Nervenarztes sogar noch übertroffen waren. Der Gefangene war bedeutend ruhiger geworden, hatte den Erzählungen seiner Wärter mit höchstem Interesse gelauscht und bereits einige ganz vernünftige und verständliche Äußerungen getan. Vor einer Woche noch hätten diese Bemerkungen von neuem alle Zweifel in Burkhards zum Leben erweckt; heute jedoch vermochten sie seinen Glauben an die Geistesgestörtheit des bedauernden Freiherrn nicht mehr zu erschüttern.

Jedenfalls werden Sie ihn dann aus seiner Isolierhaft befreien? meinte er in möglichst gleichgültigem Tone gegen den kleinen Doktor. „Er ist dann doch nicht mehr gemeingefährlich.“

„Ja, wenn ich auch noch nicht das größte Vertrauen in die Dauer seiner Besserung habe, so wird er doch natürlich jetzt anders behandelt werden. Es kann wohl sein, daß Sie ihm an einem der nächsten Tage im Garten oder sonst irgendwo begegnen.“

Das konnte Burkhardt nur erwünscht sein, denn er wollte natürlich noch eine letzte Probe auf des Freiherrn Geisteszustand machen. Dies war nur möglich in einer Unterredung unter vier Augen.

Und früher, als er gedacht, wurde ihm eine Gelegenheit dazu geboten. Am Morgen des nächsten Tages schon bemerkte er bei seinem üblichen Garten-Spaziergang die schlank Gestalt des Freiherrn, dem in einiger Entfernung der Wärter folgte.

Als sie zwei Minuten später zusammentrafen, benahm sich der ehemalige Offizier ganz so, als träte man sich zufällig in irgend einem Hotel. Er lächelte artig seinen Out und blieb, ein ganz klein wenig lächelnd und wie eine Anrede erwartend, stehen.

Auch Random hatte den Gruß erwidert und war stehen geblieben. Er lächelte sogar; aber es war nicht mehr jenes irre, erschütternde Lachen, das Burkhardt in dem Besuchszimmer von ihm gehört hatte.

„Ein seltsames Zusammentreffen!“ meinte Burkhardt endlich, da der andere sich zu seiner Anrede bequimte. Und die Antwort des Mannes setzte ihn sogleich in Erstaunen.

Der Freiherr drehte sich ruhig eine Zigarette und ohne daß das Lächeln von seinem Gesicht verschwunden wäre, sagte er in leichtem Tone:

„Zunächst, mein Herr — unter der Voraussetzung nämlich, daß es ein zufälliges Zusammentreffen ist.“

Was meint der Mensch nun damit? ging es Burkhardt durch den Sinn. Sollte er erraten haben, weswegen ich hierhergekommen bin? Aber das war doch höchst unwahrscheinlich — und sogar unmöglich, wenn seine bisherigen Vermutungen richtig waren. Zum ersten Male wurde er wieder an seinem Glauben irre, einem Geistesgestörten gegenüberzustehen.

Aber er mußte sich Gewißheit verschaffen, ehe er mit seinem Anrecht herauskam.

Was sollte es denn anders sein — ich müßte denn mit irgend einer mörderischen Absicht hierher gekommen sein.“

Er sagte sich selbst, daß das ziemlich plump war; allein es lag ihm daran, zu erfahren, ob Random wirklich aus Furcht für sein Leben die Rolle eines Wahnsinnigen gespielt hatte. Und er hoffte das aus der Antwort des Freiherrn zu erfahren.

Aber die Antwort enttäuschte ihn vollkommen. Reine Miene hatte sich in dem Gesicht des Mannes verändert, und in demselben ruhigen und halb lächelnden Ton sagte er jetzt:

„Wenn das so ist, für mich hat es nichts Entscheidendes — ich fürchte mich nicht im mindesten vor Ihren sogenannten mörderischen Absichten.“

Vollkommen verwirrt über die Sicherheit, mit der das gesagt wurde, in einer Stimme gefogt wurde, die wie seine eigene klang, mußte sich Burkhardt nicht anders zu helfen, als daß er nun direkt auf sein Ziel losging.

„Nein, reden wir einmal in Ernst — ich habe mich mit Ihnen hier einlassen lassen, nur, um mit Ihnen zu reden. Aber ich komme nicht, um Ihnen Schaden zu tun, sondern mit der Absicht, Ihnen zu helfen.“

Jetzt wurde Random aufmerksam. Er blieb stehen und bestete den Blick seiner Augen, in denen es seltsam unruhig leuchtete und glühte, voll auf das Gesicht seines Doppelgängers.

„Ah, das ist freilich etwas ganz anderes.“ kam es langsam aus seinem Munde. „Aber möchten Sie nicht die Freundlichkeit haben, mir das etwas näher zu erklären?“

Burkhardt fühlte, daß jetzt die Entscheidung kam — das er alles auf eine Karte setzte. Und er zitterte davor, wie diese Entscheidung ausfallen würde — zitterte davor, daß sich der Mann da vor ihm als vollkommen gesund erweisen würde.

Nachdem er sich mit einem Blick überzeugt hatte, daß der Wärter zu weit von ihnen entfernt war, um ein leise geflüstertes Gespräch hören zu können, trat er noch näher an den Freiherrn heran. Und während sie einander fest in die Augen blickten, kam es im Flüsterton zwischen seinen Lippen hervor:

„Sie kennen Fräulein Hertha Bräuning, Herr von Random?“

Er erschrak über die Veränderung, die in demselben Augenblick, da er diese Worte gesprochen, mit dem Menschen vorlag. Eine fleckige Röte trat auf seine Wangen; seine Hände ballten sich, und sein Gesicht verzerrte sich zu einer unheimlichen Grimasse. Das war wieder ganz das wilde Tier, das ihm zuerst in jenem schrecklichen Besuchszimmer gegenüberstanden.

„Soll ich Ihnen sagen, was mit Hertha geschehen wird, wenn ich von hier entkomme?“ zischte er Burkhardt entgegen. „Ich würde sie so martern und quälen, daß sie wünschen würde, ich sei niemals geboren.“

Und indem er ihn ganz nahe an die Hausmauer herandrückte, begann er ihm mit einer furchtbaren, halb gezissten und halb gesprochenen Weise all die Martern des Leibes und der Seele aufzuzählen, die sein blutüberströmtes Gehirn für Hertha Bräuning ausgehoben hatte. Es kostete Burkhardt Ueberwindung, diesen Schrecken nicht niederzuschlagen — der da tausend Qualen mit wahrer Wollust ausmalte, die er einem Mädchen antun wollte, das sich für ihn beinahe aufgeopfert hatte. Wahrscheinlich, das war ein Irrenstücker, der da zu ihm sprach — und ein gefährlicher obendrein, vor allen anderen für Hertha Bräuning gefährlich.

Wolle fünf Minuten mußte er aushalten, ehe Random von ihm abließ. Und als er endlich, ohne den Freiherrn noch eines Grußes zu würdigen, dem Hause zuflüchtete, fühlte er einen brennenden Fels bis zum Halbe hinauf.

„Und das nennt sich einen Menschen — dieses Vieh, in dem sich der Blutdurst eines Tigers mit der größten Gemeinheit und der niedrigsten Bestimmung paart!“ murmelte er vor sich hin, als er in seinem Zimmer stand. „Und wenn ich es nun mit Gewalt hindern müßte — niemals kommt dieses Schicksal hier herauf!“

Fortsetzung folgt.

Das Oberstleutnant-Bildwerk veranstaltet am Sonntag, den 3. Juli einen Hilfstag zu Gunsten der bedrängten Oberschlesier. Das Kultusministerium gestattet in diesem Falle ausnahmsweise, daß ältere Schüler und Schülerinnen sich bei den Sammlungen beteiligen. Voraussetzung ist, daß die Eltern sich einverstanden erklären und keine dringlichen Bedenken bestehen.

Post nach Oberschlesien. Nach einer dem Reichspostministerium zugegangenen Nachricht werden die nach dem ober-schlesischen Aufstandsgebiet besiedelten Postfäden infolge Einwirkens der internationalen Kommission auf die russischen von diesen nicht mehr geprüft.

Schühren für postlagernde Sendungen. Es wird häufig nicht beachtet, daß für postlagernde Sendungen neben der Freigebühr ein Zuschlag von 10 Pfg. erhoben wird. Dieser Zuschlag ist bei allen Sendungen zu entrichten, die den Vermerk „postlagernd“ tragen, also nicht nur bei gewöhnlichen Briefsendungen, sondern auch bei Einschreibsendungen, Postanweisungen, Paketen usw. und zwar zusammen mit der Freigebühr.

Der württembergische Schreinermeisterverband, einer der stärksten württembergischen Handwerkerverbände, hält am Sonntag, den 3. Juli, im Konzerthaus in Ravensburg seine Jahresversammlung ab. Die Beratungsgegenstände umfassen Unfallversicherungs-vorschriften, Pflichtorganisation des Handwerks, Reichsarbeitsrat und Wiederaufbauarbeiten.

Fahrt nach Berlin. Anläßlich der Verjüngung von Wagenzügen zur Bildung von Feriensonderzügen besteht am Freitag, den 8. Juli und Samstag, den 9. Juli je ein Zug von Stuttgart über Plochingen-Heilbronn-Würzburg nach Berlin mit Wagen 2. und 3. Klasse. Die Züge fahren auf dem Hauptbahnhof Stuttgart 3.45 Uhr nachm. ab und treffen auf dem Anhalter Bahnhof in Berlin 6.15 Uhr vorm. ein. Zur Benützung berechnen die gewöhnlichen Fahrkarten ohne Schnellzugzuschlag.

Störungen. 29. Juni. (Esterlucht) In der Nacht vom Sonntag auf Montag gab ein 22-jähriger lediger Schreiner hier auf seine Geliebte in deren Schlafzimmern einen Revolvererschuß ab, der ihr in die Brust eintraf. Die Verwundung soll nicht lebensgefährlich sein; gerichtliche Untersuchung ist eingeleitet.

Calw, 27. Juni. Auf einem Radausflug nach Wildbad erlitt auf dem Rückweg in Alburg gestern mittag der 18-jährige Sohn des Mechanikers Hoyer hier einen Ohnmachtsanfall. Bewußtlos wurde er nach Hause gebracht und einem Arzt zugeführt. Als unmittelbare Ursache wird das Trinken von kaltem Wasser in erhöhtem Maße angegeben.

Der Apothekenbesitzer Theodor Hartmann hier, ein in guten Verhältnissen lebender Mann mittleren Alters hat sich dieser Tage ohne Wissen seiner Angehörigen entfernt. Letztere ist nun durch eine Fernmitteilung von ihm Nachricht über seinen Aufenthalt gekommen. Von dort aus mußte er wegen hochgradiger Siderung seines Nervensystems ohne Bezug in eine Heilanstalt verbracht werden.

Calw, 29. Juni. (Jugendgerichtshilfe.) Auf Einladung des hiesigen Jugendamts versammelten sich neulich im Hof zum „Hirt“ einige Männer und Frauen, um sich von Stadtpfarrer Wälderich aus Stuttgart in die Aufgaben der Jugendgerichtshilfe einführen zu lassen. Der Redner, der als Begründer der sich immer weiter ausdehnenden Jugendgerichtshilfe Württembergs gelten darf und aus voller Beherrschung des Stoffes schöpfe, führte sowohl durch einen geschichtlichen Rückblick auf das Entstehen jener Bewegung als auch durch Aufzeigen der Mängel, die sich durch Anwendung des für die Erwachsenen bestimmten Strafrechts auf Jugendliche ergeben, vor, was die Jugendgerichtshilfe will: sie sucht auch straffällig gewordene jugendliche erzieherisch zu beeinflussen, und den üblicherweise Strafausschub als Erziehungsmaßnahme zu vermeiden. Es wurde nachgewiesen, daß eine solche Organisation auch in Calw Beschäftigungsmöglichkeit habe. An Beispielen aus dem Redners langjähriger Erfahrung wurde veranschaulicht, wie die Helfer persönlich tätig werden und welche Erfolge sie erbringen können. Die Anwesenden, unter denen Angehörige aller an dieser Frage beteiligten Stände und Vertreter aus Stadt und Land zu finden waren, überzeigten sich von der Bedeutung der Jugendgerichtshilfe und beschloßen, sich unter Leitung des Jugendamtsvorsitzenden Stiesel zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammenzuschließen und sich auch hier für die straffälligen Jugend annehmen.

Freudenstadt, 29. Juni. In der gestrigen Sitzung ist vom Gemeinderat die Anschaffung einer Motorfeuerpritze beschlossen worden.

Freudenstadt, 29. Juni. (Weerdigung.) Unter großer und herzlicher Anteilnahme fand heute die Beerdigung des beim Tennispiel so jäh dahingegangenen Rudirektors Müller statt. Nach der Grabrede von Stadtdirektor Straub wurden verschiedene Nachrufe gehalten, die von Stadtschultheiß Dr. Wälderich namens der Ruderverwaltung eingeleitet wurden und aus denen die große Verehrung und Wertschätzung hervorging, die der Entschlafene genoss. — Rudirektor Wilhelm Müller war ein Nagolder. Er ist in Nagold am 6. Januar 1876 als Sohn des Posthalters Christian Müller geboren.

Nordkette, 27. Juni. (Geschlossen.) Aus unbekanntem Grund hat sich ein lediger Maurer von hier am Sonntag erschossen. Die Leiche wurde von seinen Angehörigen erst gestern nachmittag im Bienenstand aufgefunden.

Wörzheim, 28. Juni. (Ein Verschollener.) Dieser Tage wurde der zuerst als vermisst und dann gefallen gemeldete Fährer Artur Otter aus russischer Gefangenschaft zurück. Im Sommer 1916 geriet er in Galizien in russische Gefangenschaft und erhielt seit diesen 5 Jahren keine Nachrichten mehr von Deutschland, wie umgekehrt auch seine Angehörigen ohne Nachricht von ihm blieben.

Stuttgart, 29. Juni. (Abtreibung.) Die Strafkammer des Landgerichts verhandelte gegen 26 Personen wegen Abtreibung. Das Gericht verurteilte die Angeklagten zu Gefängnisstrafen von 3 Wochen bis 6 Monaten. Nur 3 Angeklagte wurden freigesprochen.

Ludwigsburg, 29. Juni. (Hohes Alter.) Generaloberarzt a. D. Dr. v. Dotter beging in geistiger und körperlicher Mäßigkeit den 80. Geburtstag. Der Jubilar, einer der ältesten Ärzte des Landes, hat die Feldzüge von 1866 und 1870/71 mit Auszeichnung mitgemacht und während des Weltkriegs dem Vaterland seine Arbeitskraft gewidmet.

Heilbronn, 29. Juni. (Kandidaten zur Stadtschultheißenwahl.) Für die bevorstehende Stadtvorstandswahl liegen folgende Bewerbungen vor: 1. Regierungsbauamteiler Hermann Wegel, Inhaber eines wirtschaftsrechtlichen Instituts in Stuttgart; 2. Gemeinderat Wilhelm Schwan, Gewerkschaftsangehöriger; 3. Ratskassier Dr. Erich Schmid-Heilbronn; 4. Amtsdirektor Dr. Wilhelm Kiefer, Heilbronn; 5. Oberbürgermeister Eduard Tullinger.

Murrhardt, 29. Juni. (Teure Weide.) Bei der Verpachtung der städtischen Winterweiden wurden 22 800 Mk. erlöst, im vorigen Jahr 11 500 Mk.

Gmünd, 29. Juni. (Großer Goldwarentraub.) In der Nacht zum Montag wurde in eine hiesige Fabrik weißer Goldwaren eingebrochen. Es wurden Edelmetalle und halbfertige Waren im Werte von etwa 60 000 Mk. entwendet. Die Polizei ist dem Täter der Spur.

Steuerabzug vom Arbeitslohn.

Der Steuerausichuß des Reichstags hat in seiner Sitzung vom 28. Juni das Gesetz über den Steuerabzug vom Arbeitslohn in erster Lesung angenommen. Dabei kam es bei diesem vielumstrittenen Gesetz nochmals zu Änderungen, die wir im nachstehenden etwas zusammenfassen wollen. Der § 45 des Entwurfs bestimmt, daß als Arbeitslohn der Gesamtbetrag der Einkünfte gilt, die im öffentlichen oder privaten Dienst angestellten oder beschäftigten Personen aus dieser Beschäftigung oder Aufstellung, gleichviel, unter welcher Bezeichnung oder in welcher Form, beziehen. Als Arbeitslohn gelten hierbei auch Wartelöhne, Ruhegehälter, Witwen- und Waisenpensionen und andere Bezüge oder Geldwerte, Vorteile für frühere Dienstleistung oder Berufstätigkeit. Der Paragraph wurde mit einem Antrag (Soz.), der noch die Bestimmung aufgenommen haben will, daß die Bezüge auch der reichsgerichtlichen Angestellten, Unfall-, Invaliden- und Hinterbliebenen-Versicherung als Arbeitslohn anzusehen sind, genehmigt.

Bei dem § 46, der den 10prozentigen Abzug vom Arbeitslohn durch den Arbeitgeber beläßt, wurde ein von sämtlichen Parteien eingebrachter Antrag angenommen, wonach Dienstauswands-Entschädigungen bei Feststellung des einzuschüttelnden Betrages außer Ansatz bleiben. Weiter wurde beschlossen, daß Kinder bis zum Alter von 17 Jahren, die Arbeitseinkommen beziehen, bei den Ermäßigungsätzen angerechnet werden.

Eine zeitgemäße Änderung wurde schließlich noch im § 48 vorgenommen, welche für den Fall, daß das gesamte steuerbare Einkommen nicht den Betrag von 24 000 Mark übersteigt und entweder aus Arbeitslohn oder aus steuerabzugsberechtigtem Arbeitslohn oder aus sonstigem Arbeitslohn oder aus sonstigem Einkommen bis zu 6000 Mk. besteht, eine Veranlagung ausschließt.

Bermischtes.

Stuttgarter. Vor einigen Tagen war die 15-jährige Tochter Ilse des Gastwirts Rohmann in Stuttgart in ihrem Bett ermordet aufgefunden worden. Der Mord hat jetzt seine Aufklärung gefunden. Die Ermordete war in unerlaubte Beziehungen zu einem Schauspieler getreten. Aus Furcht vor den Eltern wollte sie in den Tod gehen und hat das 15-jährige Dienstmädchen Gertha Jentus, mit dem es befreundet war, sie zu töten. Das Mädchen gab dem Wunsch nach und schnitt dem Kind den Hals durch.

Eine heilsame Lehre. Dieser Tage rauchte ein junges Bärschchen in einem Nichtraucherabteil. Die Mitreisenden machten ihn auf das Verbot in dieser Abteilung aufmerksam. Unsonst, der Bärschche rauchte ruhig weiter und bemerkte, daß das niemand etwas angehe; jetzt habe man eine andere Zeit und er rauche jede Woche für 50 Mk. Zigaretten. „So alte Esel, wie z. B. im Juge seien, brähten das gar nicht fertig.“ — „D. hochst recht, daß ich z. B. das nicht fertig bringe.“ sagte ein Herr Bauer, „aber ebdes bringt so ein alter Esel doch fertig, ich will dir's gleich zeigen.“ näherte sich dem Bärschchen und verschlug ihm den Kopf so, daß der freche Bärsch, beide Beine haltend, eiligt den Wagen verließ und bei der nächsten Station verschwand.

Gold in Australien. Aus Westatharra (Australien) wird die Entdeckung bedeutenden Goldvorkommens gemeldet.

Bergeffen Sie es nicht

Sofort bei dem Postboten die Schwarzwälder Tageszeitung „Aus den Tannen“ zu bestellen, damit Sie im neuen Quartal die Zeitung erhalten.

Bestellen Sie sofort!

Handel und Verkehr.

Stuttgart, 29. Juni. Wie wir hören, ist die Zahlung von weiteren 44 Millionen Goldmark an die Wiederherstellungskommission bereits bei der Reichsbank in grierten Wechseln voll deponiert. Die Eindeckung für die jetzige Zahlung konnte erfreulicherweise noch vor der jetzigen Erhöhung der Auslandswechselkurse erfolgen.

Was gilt ein Sowjetrubel? Der „Newport Herald“ berichtet, daß die russische Regierung für Auslands-telegramme den Kurs des Rubels mit 4000 Rubel auf einen Goldfranken festgesetzt hat. Somit ist ein Dollar 2000 Sowjetrubel wert. Vor dem Krieg kostete ein Dollar annähernd 2 Rubel; der Wert des Rubels wäre somit auf den 10 000sten Teil des Vorkriegswertes gesunken. Aus Saratow wird gemeldet, daß ein Bud (16,4 Kg.) Getreide 75 000 Rubel kostete. Vor dem Krieg kam es auf 60—70 Kopelen zu stehen. Demnach gelten 100 000 Sowjetrubel weniger als ein Rubel im Jahre 1914.

Letzte Nachrichten.

WTB. Paris, 30. Juni. Nach einer Havas-Meldung aus Konstantinopel vom 28. Juni haben die griechischen Truppen Jsmid bereits am 27. Juni geräumt, wodurch die Kemalisten freie Bahn nach Konstantinopel haben. Die Stadt Jsmid ist von ungefähr 30 000 Flüchtlingen angefüllt.

WTB. London, 30. Juni. Harmsworth teilt im Unterhaus mit, daß die Lage auf der Jsmid-Halbinsel unsicher sei. Die griechischen Streitkräfte hätten die Stadt Jsmid am 27. Juni geräumt. Die Stadt siehe jetzt in Flammen. Im ganzen Bezirk herrsche große Panik. Zahlreiche Armenier und Türken fliehen in Richtung Konstantinopel. Die britischen Interessen befänden sich, wie Harmsworth artikuliert, nicht in Gefahr.

WTB. New-York, 29. Juni. (Durch Funkpruch.) Die „Tribune“ meldet aus Washington, daß die Mitglieder des von beiden Häusern des Kongresses eingesetzten Ausschusses zu einer vollständigen Einigung über die Friedensresolution gelangt sind. Sie stimmten den vom Senat gemachten Vorschlägen zu, nach denen in der Hand des Treuhänders befindliches Eigentum solange festgehalten werden soll, bis die amerikanischen Ansprüche gegen Deutschland und Oesterreich geregelt sind, bis ferner in diesen beiden Ländern den amerikanischen Bürgern das Recht der meistbegünstigten Nation zugesprochen ist und bis diese Länder alle von den Vereinigten Staaten verhängten Geld- und Haftstrafen, sowie Beschlagnahmungen anerkannt haben. Falls das Programm ausgeführt wird, soll die Resolution vor dem 4. Juli in Kraft treten.

WTB. Berlin, 30. Juni. Nach dem „Berliner Lokalanzeiger“ wird die Wert in Loulon am 1. Juli die Zerschlagung der deutschen U-Boote vollständig beendet haben. Von 27 U-Booten sind 11 wieder völlig instand gesetzt worden. Sie werden in die französische Marine eingeteilt.

WTB. Berlin, 30. Juni. Einer Meldung des „Berliner Lokalanzeigers“ aus Darmstadt zufolge wurde eine in Darmstadt zu Besuch weilende 72-jährige alte Frau von einem forbigen Franzosen überfallen und vergewaltigt.

WTB. Berlin, 30. Juni. Der ober-schlesische Berichtserstatler des „Vorwärts“ meldet, daß die fristgemäße Räumung des vom Selbstschutz besetzten Gebiets ordnungsmäßig vor sich gehen ist. In den von den Polen geräumten Gebieten sind bisher nur die Städte von Entente-truppen besetzt worden, während die geräumten Dörfer sich bisher noch nicht unter dem Schutz der alliierten Truppen befinden. Es besteht daher große Gefahr, daß sich auf dem Lande neue Vorkämpfe gegen Leben und Eigentum der Deutschen ereignen, falls nicht die J. R. auch der Landbevölkerung den unbedingt notwendigen Schutz angeheben läßt.

Blättermeldungen aus Deutden zufolge hat in der Nacht zum 29. 6. erneut ein umfangreicher Angriff der Insurgenten auf die Stadt Busken stattgefunden. Geschäfte wurden geplündert und in die Häuser Handgranaten geworfen. Die Franzosen verhielten sich bei dem Angriff passiv.

WTB. Berlin, 30. Juni. Die gestrige Sitzung des Reichsausschusses der deutschen Zentrumspartei beschäftigte sich zunächst mit der politischen Lage. In einer einstimmig angenommenen Entschlußnahme wird mit aller Entschiedenheit die Aufhebung der unerträglichen Zwangsmaßnahmen im Westen gefordert. In einer zweiten Entschlußnahme wird das Verbleiben eines ungeteilten Oberschlesiens bei Deutschland gefordert. Zum Fall Erzberger wurde mit allen gegen eine Stimme bei vier Stimmenthaltungen folgende Entschlußnahme gebilligt: 1) der Reichsausschuß der D. Zp. nimmt mit Genehmigung davon Kenntnis, daß das Verfahren wegen Verletzung der Eidspflicht zu Gunsten des Herrn Erzberger entschieden ist; 2) Erzberger erklärt, daß die Wiederaufnahme seiner politischen Tätigkeit von der gesamtpolitischen Lage abhängt. Er legt dabei Wert auf die Feststellung, daß er in seiner politischen Wirksamkeit stets bestrebt sein wird, die Einigkeit innerhalb der Partei und der Fraktion zu pflegen.

WTB. Berlin, 30. Juni. Nach einer Meldung der „Post. Ztg.“ aus Belgrad wurde gestern, am Jahrestag des Attentats von Sarajewo, ein Attentat auf den Prinzregenten Franz von Serbien verübt. Als dieser nach der Eidesleistung auf die Verfassung die Nationalversammlung verließ, warf ein Mann eine Bombe gegen den Wagen, in dem der Prinzregent und Ministerpräsident Pašić saßen. Beide blieben unverletzt.

Winterrückblick Wetter.

Die Luftdruckverteilung ist dieselbe geblieben. Am Freitag und Samstag sind vereinzelte Gewitter, sonst trocken und warmes Wetter zu erwarten.

Druck und Verlag der W. Meier'schen Buchverlagsanstalt, für die Schriftleitung verantwortlich Ludwig Paul.





Württ. Schwarzwaldverein.
Bezirksverein
Altensteig.

Generalversammlung

am Samstag, den 2. Juli 1921, abends 8^{1/2} Uhr
im „Waldborn“ hier.

Tagesordnung:

1. Geschäftsbericht. — 2. Kassenbericht. — 3. Wahlen. —
4. Verteilung von Vereinsheftchen. — 5. Wanderplan. — 6. Sonstiges.

In die Mitglieder ergeht freundliche Einladung.

Der Ausschuss.

Am Sonntag, den 3. Juli, nachmittags 2 Uhr,
findet im Gasthaus z. „Schwanen“ in Altensteig eine

Versammlung

der Kleinbrenner des Bezirks Nagold
statt, wobei über den gegenwärtigen Stand des Branntweinmonopols berichtet wird.

Zahlreiches Erscheinen wird dringend erwartet.

Schriftführer D r r.

Hornberg.

Das Beeren sammeln

auf hiesiger Markung ist für Auswärtige
bei Strafe verboten.

Strenge Ueberwachung erfolgt.

Gemeinderat.

Altensteig.

Wir nehmen

Zeichnungen

auf

5% Teilschuldverschreibungen der
Neckar-Aktiengesellschaft in Stuttgart
zum Original-Ausgabekurs von 99%, entgegen.

Für Kapital und Zinsen haften neben dem
Vermögen der Gesellschaft das Reich, sowie die
Länder Württemberg, Baden und Hessen als ge-
samt-schuldnerische Bürgen. Die Anleihe ist so-
mit mündelsicher.

Den 27. April 1921.

Städt. Sparkasse.

Hornberg.

Die Gemeinde setzt einen ca. 10 Zentner schweren

Schlachtfarren

dem Verkauf aus.

Angebote pr. Ztr. lebend Gewicht
wollen verschlossen bis 4. Juli, nachmittags 1 Uhr, beim
Schuldh. Amt eingereicht werden.



Gemeinderat.

Altensteig.

Jedes Quantum

Heidelbeeren

kauft

S. Gutekunst.

Bremsöl

Fliegenleim

Fliegenfänger

Jucklin

Chloralkali

offen u. in Paletten

Schwarzwald-Drogerie Altensteig
Telefon 41.

Der neue aml. Fahrplan

ist zu haben in der

W. Rieker'schen Buchhdlg. Altensteig.

Reinschmeckende, selbst-
gebrannte

Kaffees

zu M. 22.—, 24.—
und 26.— per Pfund
empfiehlt in stets
frischer Ware

Lorenz Luz jr.
Altensteig. Tel. 46.

Altensteig.

Eine Partie gute

Wurzel-Putz- Bürsten

per Stück M. 1.—.

Putz-Bürsten

mit Wurzel-Ersatz
Stück 50 Pfg.

Besen

Türvorlagen

Putztücher

empfiehlt preiswert

fr. Bühler jr.

Für Einmachzwecke

empfiehlt

Bergament-Papier

prima Qualität, in Bogen

Salzyl-Bergament

in Rollen

die

W. Rieker'sche Buchhandlung

Altensteig.

Drogen und Chemikalien

zu billigsten Preisen kaufen
will, gehe in die

Löwendrogerie

Gebr. Benz, Nagold.
Mitgl. d. Deutsch. Drog. Ver-
bandes v. 1873.

Altensteig.

Birka 20 Ztr.

Kleehen

und ebensoviel

Alderheu

sucht zu kaufen

S. Wurster.

Kirschen

neu eintreffend, empfiehlt
der Obige.

W. Hettler, Inh. Johs. Schwarz, Nagold

Ecke Marktstrasse u. hintere Gasse

Badeanzüge

Paradefisfen

von 30.— an

Bettzeug

Meter von 15.— an

Damast 130 cm breit
von 32.— an

Kleiderzeugle

in Ware

Meter 20.— 22.— u. 26.—

Dirndelstoffe

von M. 15.— an

Dirndelkleider

für Kinder

Wolle grau u. schwarz
1/2-Pfund 10.—

88 cm Rohrtuch

Meter 9.—

Weiß Tuch 82 cm

Meter von 10.— an

Reinwolle Cheviots

Meter von 32.— an

140 cm brt. Tuch

grau u. braun
M. 32.— pr. Mtr.

Ärmelschürzen

von 58.— an

Morgenkleider

von 24.— an

120cmbrt. Schurzzeug

Meter von 19.— an

Reizende

Kinderschürzen

Blusen

von M. 26.50 an

Röcke

von M. 40.— an

Hettler-Schwarz Nagold.



Altensteig — Bönnersberg.

Hochzeits-Einladung.

Zur Feier unserer ehelichen Verbindung erlauben
wir uns, Verwandte, Freunde und Bekannte auf
Sonntag, den 3. Juli 1921
in das Gasthaus z. Krone in Altensteig
freundlichst einzuladen.

Jakob Bühler

Gerbetagslöhner

in Altensteig

Anna Kafi

Tochter des

+ J. G. Kafi, Maurers
in Bönnersberg.

Kirchgang um 2 Uhr.

Berlag des Bibliographischen Instituts, Leipzig u. Wien

Deutsche Romane

zeitgenössischer Dichter

Geben sind folgende neue Bände erschienen:

Der fremde Vogel Ein Frauenroman unserer Zeit von

Der Herr aus Jaba Eine bittere Liebesgeschichte von

Die Mauern von Trostenberg Ein Kleinroman von

Renaissance-Novellen von Johannes Volz

In dieser neuen Sammlung sollen nur Werke einer innerlich tiefen

Reife des lebendigen Wortes Aufnahme finden, während alles fern

gehalten wird, was die Verzerrungen einer Tagesmode überwiegt.

Lieferung auf Wunsch auch gegen Monatsgebühren

J. G. Schömann u. S. B. Buchhandlung, Leipzig, Schützenweg 17

Wilhelm Großmann

Ingenieurbüro für Elektrotechnik u. Maschinenbau

Pforzheim, Hohenstaufenstr. 9, Fernsprecher 293,

zugelassen beim Gemeindeverband Elektrizitätswert

Leinach, dem Murgtalwerk und dem Städt. Elek-

trizitätswerk Pforzheim, anerkannte Revisions-

stelle für sämtl. Feuerversicherungsgesellschaften

liefert

kompl. Licht-, Kraft- und Schwachstromanlagen,

sowie Motore,

Güßlampen u. elektrische Koch- u. Heizapparate.

